

Allgemeine Mandatsbedingungen Iffland Wischnewski Rechtsanwälte (Stand 01.08.2022)

I. Geltungsbereich

Diese Allgemeinen Mandatsbedingungen gelten für alle Verträge zwischen Iffland Wischnewski Rechtsanwälte (im Folgenden „Rechtsanwälte“ genannt) und deren Auftraggeber(n) (im Folgenden „Mandant“ genannt), welche die Erteilung von Rat und Auskünften, Geschäftsbesorgungen oder eine Prozessführung zum Gegenstand haben.

Diese Allgemeinen Mandatsbedingungen gelten auch für Folgeverträge mit dem Mandanten.

Geschäftsbedingungen des Mandanten finden nur Anwendung, wenn die Parteien ihre Geltung ausdrücklich schriftlich vereinbart haben.

II. Steuerberatung

Eine steuerrechtliche Beratung ist nicht Gegenstand des Mandatsverhältnisses. Sie wird ausgeschlossen. Soweit eine steuerrechtliche Beratung im Einzelfall gewünscht ist, kann sie individuell gesondert vereinbart werden; dafür ist die Textform zu wahren.

III. Haftungsbeschränkung

Die Haftung der Rechtsanwälte aus dem mit dem Mandanten bestehenden Vertragsverhältnis für Schäden, die nicht auf der Verletzung des Lebens, des Körpers oder der Gesundheit beruhen, wird für Fälle einfacher Fahrlässigkeit auf einen Höchstbetrag von 2.000.000,- Euro (zwei Millionen Euro) beschränkt. Eine weitergehende gesetzliche Haftung, insbesondere für Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit, bleibt hiervon unberührt.

Soweit der Mandant eine höhere Risikoabdeckung wünscht, besteht grundsätzlich die Möglichkeit, auf seine Kosten und gegen entsprechende Vergütung eine Zusatzversicherung abzuschließen. Eine solche Zusatzversicherung wird nur aufgrund einer gesonderten Vereinbarung zwischen den Rechtsanwälten und dem Mandanten abgeschlossen.

IV. Verrechnung und Aufrechnung

Die Rechtsanwälte sind befugt, eingehende Erstattungsbeträge und sonstige dem Mandanten zustehende Zahlungen, die bei ihnen eingehen, mit offenen Honorarforderungen oder Entgelten für noch abzurechnende Leistungen nach entsprechender Rechnungsstellung zu verrechnen, soweit eine Verrechnung zulässig ist.

Der Mandant ist zur Aufrechnung gegen eine Forderung der Rechtsanwälte nur berechtigt, soweit die Forderung des Mandanten unbestritten, entscheidungsreif oder rechtskräftig festgestellt ist.

V. Sicherungsabtretung

Der Mandant tritt alle ihm aus dem Mandatsverhältnis entstehenden Erstattungsansprüche gegen Dritte, den Gegner oder die Staatskasse sicherungshalber an die Rechtsanwälte ab. Die Rechtsanwälte werden die Abtretung nicht anzeigen und die Erstattungsansprüche nicht einziehen, wenn der Mandant seinen Zahlungsverpflichtungen ordnungsgemäß nachkommt.

VI. Versendung von Unterlagen

Die Rechtsanwälte sind berechtigt, Unterlagen des Mandanten an die zuletzt mitgeteilte Adresse zu senden. Das Versendungsrisiko trägt der Mandant, es sei denn, er hat einer Versendung ausdrücklich widersprochen und verbindlich eine unverzügliche Abholung zugesichert.

VII. Vergütung, Hinweis auf Wertgebühren

Die Vergütung der Rechtsanwälte bestimmt sich nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) in der jeweils geltenden Fassung. Soweit das RVG keine Ausnahme vorsieht, erfolgt die Berechnung nach dem RVG **nach dem jeweiligen Gegenstandswert. Darauf weisen die Rechtsanwälte den Mandanten gemäß § 49b Abs. 5 der Bundesrechtsanwaltsordnung (BRAO) ausdrücklich hin.** Etwas Anderes gilt nur, wenn eine abweichende Vergütungsvereinbarung getroffen wird. Eine solche Vergütungsvereinbarung kann insbesondere in einem zwischen den Parteien geschlossenen Beratervertrag („Dauervergütungsvereinbarung“) oder in einer Vergütungsvereinbarung für das einzelne Mandat bestehen, welche die Abrechnung nach dem Zeitaufwand vorsehen.

VIII. Kostenerstattung bei arbeitsrechtlichen Mandaten

Die Anwälte weisen den Mandanten darauf hin, dass gemäß § 12a Absatz 1 Satz 1 des Arbeitsgerichtsgesetzes (ArbGG) im arbeitsgerichtlichen Verfahren der ersten Instanz und auch außergerichtlich keine Kostenerstattungsansprüche gegen den Gegner wegen der Anwaltskosten bestehen, auch wenn der Mandant obsiegt.

IX. Rechtsschutzversicherung

Wünscht der Mandant eine Abrechnung über seine Rechtsschutzversicherung, so hat er dies den Rechtsanwälten bei Beauftragung in jedem Einzelfall mitzuteilen. Die Rechtsanwälte können keine Gewähr für eine Deckungszusage der Rechtsschutzversicherung geben.

X. Speicherung und Verarbeitung von Daten des Mandanten

Die Rechtsanwälte sind berechtigt, ihnen anvertraute Daten des Mandanten im Rahmen des Mandats mit Datenverarbeitungsanlagen zu erfassen, zu speichern und zu verarbeiten.

XI. Außergerichtliche Streitschlichtung

Die Rechtsanwälte nehmen nicht an Streitbeilegungsverfahren vor einer Verbraucherschlichtungsstelle teil.

XII. Sonstiges

Sollte eine der Bestimmungen dieser Allgemeinen Mandatsbedingungen lückenhaft, rechtsunwirksam oder undurchführbar sein oder werden, wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen hiervon nicht berührt.

Hinweise zur Datenverarbeitung

Mit den nachfolgenden Informationen geben wir Ihnen einen Überblick über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten sowie Ihre Rechte nach der DSGVO.

1. Verantwortlicher i. S. d. Art. 4 Nr. 7 DSGVO für die Datenerhebung in der Anwaltskanzlei

Iffland Wischnewski Rechtsanwälte GbR, Pfungstädter Str. 100 A, D-64297 Darmstadt,
E-Mail: info@iw-recht.de, Telefon: +49 (0)61 51 – 13 66 00, Fax: +49 (0)61 51 – 13 660-33

2. Betrieblicher Datenschutzbeauftragter in der Anwaltskanzlei

Iffland Wischnewski Rechtsanwälte GbR, z.H. Frau Schulze, Pfungstädter Str. 100 A,
D-64297 Darmstadt, E-Mail: datenschutz@iw-recht.de

3. Erhebung und Speicherung personenbezogener Daten sowie Art und Zweck und deren Verwendung

Im Rahmen des Mandats erheben wir folgende Daten:

- Personalien (Vorname, Name, Geburtsname, Geburtsdatum)
- Kontaktdaten (Firma, Straße / Hausnummer, PLZ, Ort, Land)
- Kommunikationsdaten (Telefonnummer, Faxnummer, E-Mail-Adresse)
- Bankdaten (IBAN, BIC, Kontoinhaber)
- weitere Informationen, die für die Bearbeitung des Mandats notwendig sind

Zweck der Datenerhebung und Verwendung:

- Identifikation als Mandant
- Bearbeitung des Mandats
- Kommunikation
- Rechnungsstellung
- Abwicklung von evtl. vorliegenden Ansprüchen sowie Geltendmachung etwaiger Ansprüche für und/oder gegen Sie

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten erfolgt auf Grundlage von Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b) DSGVO zur Erfüllung der vertraglichen Pflichten aus dem Mandatsverhältnis.

Eine Speicherung der im Zusammenhang mit dem Mandatsverhältnis erhobenen Daten erfolgt lediglich bis zum Ablauf der 6-jährigen Aufbewahrungsfrist für Rechtsanwälte gem. § 50 BRAO. Die Frist beginnt mit Ablauf des Kalenderjahres, in dem der Auftrag beendet wurde. Nach Ablauf der Frist werden die personenbezogenen Daten gelöscht, es sei denn, dass wir gem.

Art. 6 Abs. 1 DSGVO rechtlichen Gründen unterliegen, die eine längere Speicherung erforderlich machen.

4. Weitergabe von Daten

Eine Übermittlung Ihrer persönlichen Daten an Dritte zu anderen als den im Folgenden aufgeführten Zwecken findet nicht statt.

Wir geben Ihre persönlichen Daten nur an Dritte weiter, wenn:

- Sie nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. a) DSGVO Ihre ausdrückliche Einwilligung dazu erteilt haben,
- dies gesetzlich zulässig und nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. b) DSGVO für die Erfüllung von vertraglichen Pflichten mit Ihnen erforderlich ist,
- für die Weitergabe nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. c) DSGVO eine rechtliche Verpflichtung besteht, sowie
- die Weitergabe nach Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DSGVO zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen erforderlich ist und kein Grund zur Annahme besteht, dass Sie ein überwiegendes schutzwürdiges Interesse an der Nichtweitergabe Ihrer Daten haben.

5. Rechte der betroffenen Person

Werden personenbezogene Daten von Ihnen verarbeitet, sind Sie Betroffener i. S. d. DSGVO und es stehen Ihnen folgende Rechte gegenüber dem Verantwortlichen zu:

- Recht auf Auskunft gem. Art. 15 DSGVO
- Recht auf Berichtigung gem. Art. 16 DSGVO
- Recht auf Löschung gem. Art. 17 DSGVO
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung gem. Art. 18 DSGVO
- Recht auf Datenübertragbarkeit gem. Art. 20 DSGVO
- Recht auf Widerruf der Einwilligung gem. Art. 7 DSGVO
- Recht auf Beschwerde gem. Art. 77 DSGVO

6. Widerspruchsrecht

Nach Art. 21 DSGVO steht Ihnen gegen die aufgrund von Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. f) DSGVO erfolgte Datenverarbeitung ein Widerspruchsrecht zu, soweit Gründe vorliegen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben.

Sofern Sie von Ihrem Widerspruchsrecht Gebrauch machen möchten, senden Sie eine E-Mail an datenschutz@iw-recht.de.